

TAGUNGEN

Soziale Strukturpolitik

Die Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft haben auf ihrer 13. Bundestagung konkretisiert, welche strukturpolitischen Maßnahmen in der neuen Legislaturperiode des Bundestages durchgesetzt oder zumindest eingeleitet werden sollten. In 33 Thesen wird erläutert, welche Zielvorstellungen der Arbeitnehmerflügel der CDU für die *Wirtschaftsstruktur*, die *Raumstruktur* und *Berufsstruktur* erarbeitete. Auch während dieser Tagung, die am ersten Wochenende im Juli in Oldenburg stattfand, wurde wieder deutlich, daß die Sozialausschüsse sowohl gesellschaftspolitisch als auch wirtschaftspolitisch den Sozialdemokraten weit näherstehen als ihrer doch sehr konservativen Mutterpartei, der CDU.

Es war denn auch bezeichnend, daß der Parteivorsitzende, Bundeskanzler *Kiesinger*, in seiner fast zweistündigen Rede vor den Delegierten und Gästen der Sozialausschüsse zwar sehr ausgiebig auf außenpolitische Fragen einging, sich selbst und die Große Koalition lobte und Bundesarbeitsminister *Hans Katzer* auch, ansonsten aber den Fragenkreis, um den es bei der Bundestagung eigentlich ging — die soziale Strukturpolitik — ausgeklammert hatte. Er gab sich vor der Bundestagung als der „gute Hausvater“, der — so seine eigenen Worte — Familienzwist hinter verschlossenen Türen schlichtet.

Sein Arbeitsminister, der mit haushoher Mehrheit in Oldenburg wiedergewählte Vorsitzende der Sozialausschüsse, Hans Katzer,

hingegen zeigte in seinem politischen Bericht auf, daß der grundlegende Wandel in der Wirtschaft neue Zielsetzungen und neue Prioritäten auch in der Sozialpolitik erfordert. Katzer:

„Es gilt, dafür zu sorgen, daß der einzelne mit den existentiellen Problemen, die die Veränderungen im Berufs- und Arbeitsleben mit sich bringen, fertig wird, daß er sich von diesen Veränderungen nicht bedroht fühlt, sondern sie vielmehr für sein Fortkommen nützt.“

Er präziserte:

„Die Sicherheit des einzelnen hängt heute wesentlich mit ab von seiner Leistungsfähigkeit, von seiner beruflichen Anpassungsfähigkeit, von seiner geistigen und beruflichen Mobilität.“

Daraus ergibt sich, Hans Katzer sagte es, daß Kernpunkt einer neuen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik weitreichende Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Bildung sind.

Außerdem setzte sich der Bundesarbeitsminister in Oldenburg für die „Vermögensbildung für breite Volksschichten“ ein, in der er eine der wichtigsten gesellschaftspolitischen Aufgaben der Zukunft sieht. Katzer klammerte auch die *Mitbestimmung* nicht aus. Zwar betonte er:

„Die Entscheidung des Berliner Parteitages, sich weder für noch gegen ein Mitbestimmungsmodell zu entscheiden, war richtig. Es war richtig, die Diskussion offenzulassen.“ Dann aber — offensichtlich gemünzt auf die Parteispitze und die Unternehmergruppe in der CDU — fügte er hinzu: „Es war ein Kompromiß, daran haben sich alle in der

Union zu halten." Scharf rügte Katzer, daß eine Karikatur des *Industriekuriers* im Monatsblatt der CDU nachgedruckt wurde, „in der in gotteslästerlicher Weise die Mitbestimmung als ‚neuer Götze‘ vorgestellt wird.“

Weit konkreter noch als Katzer formulierte Dr. *Norbert Blüm*, der Hauptgeschäftsführer der Sozialausschüsse, daß die Forderung nach Mitbestimmung vom Arbeitnehmerflügel der CDU keinesfalls aufgegeben wird. Blüm hob hervor:

„Die Mitbestimmung wird zu einem entscheidenden Thema der kommenden Legislaturperiode, weil sie innerhalb der nächsten vier Jahre entschieden werden muß . . . Das Ziel der Mitbestimmung bleibt für uns unverändert, und keine Kommission von noch so begabten Wissenschaftlern kann uns die Entscheidung über das Ziel der Mitbestimmung abnehmen. Dieses Ziel heißt Partnerschaft . . . Partnerschaft nach unserem Verständnis schließt Machtverteilung ein.“ Blüm ergänzte, daß außerdem die Mitbestimmung am Arbeitsplatz ausgebaut werden müsse. „Wem am Arbeitsplatz das Rückgrat gebrochen wird, taugt nicht als Unterbau für die unternehmerische Mitbestimmung.“

Außerdem setzte sich der Hauptgeschäftsführer der Sozialausschüsse für Arbeitskammern ein, die — so Blüm — „kein Konkurrenzunternehmen für die Gewerkschaften“ sein sollen. Ihre Funktion liege schwergewichtig bei der Gutachtertätigkeit und im Beratungsgeschäft. Dabei dürfe die Arbeitskammer ihre Grenze gegenüber freien Verbänden und Gewerkschaften nicht überschreiten. Als weiteres Instrument überbetrieblicher Mitbestimmung forderte Blüm in Oldenburg einen Bundes-wirtschafts- und Sozialrat.

Auch Dr. *Norbert Blüm* nannte dann die soziale *Vermögensbildung* als vordringliche Aufgabe, die zu lösen ist. Er plädierte für einen Beteiligungslohn auf gesetzlicher Basis. Seine Begründung: „Solange die Tarifpartner mit der gleichen vermögenspolitischen Schwerfälligkeit wie bisher agieren, können wir auf staatliche Geburtshilfe für eine sichtbare Korrektur der Vermögensverhältnisse nicht verzichten.“

Blüm lobte die Arbeit der Gewerkschaften, der Anerkennung zu zollen sei. Aber um der Fortentwicklung der Gewerkschaften willen, könne die Mitarbeit der Sozialausschüsse — die sich als Teil der Arbeitnehmerbewegung verstehen — nicht ohne kritischen Einsatz sein. So sei es nicht gleichgültig, wenn Gewerkschaften, die den Anspruch erheben, Einheitsgewerkschaften zu sein, jeweils dann in den Knien weich werden und parteipolitischen Versuchungen nachgeben, wenn Wahlen vor der Tür stehen. Blüm:

„Wir erwarten für unseren Einsatz nicht mildtätiges Schulterklopfen, sondern nichts anderes als Objektivität. Ein Prüfstein in der Zusammenarbeit in den Einheitsgewerkschaften wird die Personalpolitik sein. Ein Abbau unserer Positionen, wie es der IG Bau — Steine — Erden gefiel, ist ein unfreundlicher Akt.“

Aber auch dies sagte Blüm in Oldenburg: „Die Rückseite unseres politischen Engagements in den Gewerkschaften ist der gewerkschaftliche Einsatz in der CDU. Ich will nicht bestreiten, daß man noch immer mit alten besitzbürgerlichen Vorurteilen gegen Gewerkschaften im allgemeinen und Funktionäre im besonderen Wählerstimmen fangen kann. Das Image einer rationalen Impulsen geöffneten Volkspartei bleibt allerdings bei dem Appell an antigewerkschaftliche Instinkte auf der Strecke.“ Die CDU solle ihre Hoffnungen nicht auf alte ideologische Dampfkoks setzen, während die Gesellschaft nach Mondzielen Ausschau halte.

Die 33 Thesen zur sozialen Strukturpolitik, die von der 13. Bundestagung der Sozialausschüsse in Arbeitskreisen beraten, erheblich verändert und von den 337 stimmberechtigten Delegierten anschließend einstimmig angenommen wurden, zeigen deutlich, daß sich der Arbeitnehmerflügel der CDU den Anforderungen unserer Zeit nicht verschließt. Die Zielvorstellungen einer zukunftsorientierten Strukturpolitik, die in ihrem Offenburger Programm recht allgemein abgehandelt wurden, finden hier ihre Präzisierung.

So verlangen die Sozialausschüsse in diesen Thesen u. a.: Eine *Raumordnung*, die den Bedürfnissen der Menschen in der Industriegesellschaft angepaßt ist. Geschaffen werden sollen neue städtische gemeinschaftsfördernde Zivilisationsformen, die in ihrer Grundstruktur in Stadt und Land gleichartig sind und überall zu gleichwertigen Lebensverhältnissen führen. Die Sozialbindung des Bodeneigentums soll durchgesetzt, werden. Durchgesetzt durch eine Verbesserung gemeindlichen Verkaufsrechts, die Trennung von Enteignungsverfahren und Entschädigungsverfahren sowie die Überprüfung von Entschädigungen auf unangemessene Wertsteigerungen.

Außerdem setzen sich die Sozialausschüsse für die Planung in größeren Raumeinheiten ein und für einen attraktiven öffentlichen Nahverkehr, um die räumliche und berufliche Mobilität zu fördern. „Ein wesentliches Mittel dazu“, heißt es in den Thesen, „kann die kostenlose Beförderung im öffentlichen Nahverkehr für jeden Verkehrsteilnehmer sein.“

Von der *Wirtschaftsstruktur* soll erwartet werden können, daß sie jedem gleiche Chancen ermöglicht. Als Mittel dafür werden u. a. genannt: Schärfere Wettbewerbskontrolle, Abschaffung der Preisbindung zweiter Hand, eine

Unternehmensverfassung, die die Mitbestimmung der Arbeitnehmer einschließt, eine gleitende Wechselkursanpassung — was zur Zeit Aufwertung der DM bedeuten würde — und ein gesetzlicher Beteiligungslohn für alle Arbeitnehmer. Zuvor hatte der stellvertretende DGB-Vorsitzende, *Bernhard Tacke*, die Delegierten darauf hingewiesen, daß ein gesetzlicher Beteiligungslohn von den Gewerkschaften als unzulässiger Eingriff des Staates in die Tarifautonomie angesehen werde. Aber die Mehrzahl der Delegierten ließ sich davon nicht überzeugen. Die Forderung nach dem gesetzlichen Beteiligungslohn wurde nicht gestrichen.

Angestrebt wird von den Sozialausschüssen außerdem eine *berufliche Bildung*, die es dem arbeitenden Menschen ermöglicht, seine Fähigkeiten voll zu entfalten, die Chance des wirtschaftlichen und technischen Fortschritts zu nutzen und zur dynamischen Entwicklung der Gesellschaft beizutragen. Daß hier noch vieles im argen liegt, hatte im entsprechenden Arbeitskreis die Kölner Überstudiendirektorin Dr. *Hanna-Renate Laurien* aufgezeigt:

„Bei den Lehrlingen wird in der Regel nicht das schöpferische Mitdenken ausgelöst, sondern lediglich wie bei einer Affendressur der Nachahmungstrieb.“ Und: „So diktatorisch, wie heute noch ein Lehrling in der Ausbildung behandelt wird, dürfte kein Lehrer mehr mit einem Schüler umgehen.“ Sie forderte, wie es dann auch in den Thesen stand, daß die berufliche Bildung als öffentliche Aufgabe anerkannt werden müsse.

In den Anträgen und Entschlüssen, die von der 13. Bundestagung der Sozialausschüsse in Oldenburg verabschiedet wurden, ging es vor allem um den sozialen Wohnungsbau, die Berücksichtigung der Familiengröße, die Neuregelung des Bodenrechts, die berufliche Bildung, die überbetriebliche Mitbestimmung, Probleme der Schichtarbeiter und die Pressekonzentration. Außerdem wurde die CDU/CSU aufgefordert, „vor den Wahlen verbindlich zu erklären, daß jede Form der Zusammenarbeit mit der NPD die Mitgliedschaft in der CDU ausschließt“.

So haben auch in Oldenburg wieder die Sozialausschüsse der CDU den Beweis erbracht, daß sie bereit und in der Lage sind, für ihre Partei progressive Entwürfe zu erarbeiten. Leider lehrt die Erfahrung, daß die CDU insgesamt erst mit großer zeitlicher Verzögerung — wenn überhaupt — diese zukunftsorientierten Gedanken ihres Arbeitnehmerflügels aufgreift. Jetzt haben die Sozialausschüsse ein strukturpolitisches Programm vorgelegt, das sich, nimmt man alles in allem, durchaus sehen lassen kann. Aber wird es von der CDU/CSU in absehbarer Zeit verwirklicht werden? *Günther Heyder*

Entspannung und Abrüstung

„ Unter diesem Thema stand die 12. internationale Tagung der Sozialakademie Dortmund vom 9. bis 13. Juni dieses Jahres. Wie in den Vorjahren war die Tagung gut vorbereitet. Zahlreiche bekannte Professoren und Politiker waren aufgeboten.

Prof. Dr. *Scholz*, der derzeitige Akademieleiter, konnte der Zustimmung der Teilnehmer sicher sein, als er feststellte, daß Abrüstung und Entspannung, daß Frieden in unserem technischen Zeitalter *die* Lebensfrage der Menschheit sei. *Peter Michels*, Landesbezirksvorsitzender des DGB in Nordrhein-Westfalen und Mitglied des Kuratoriums der Sozialakademie, betonte, daß das Thema den Forderungen der Massen der Gewerkschafter entspreche, unter denen es bereits ausgiebig diskutiert werde, und daß die Gewerkschafter danach drängen, ihren politischen Einfluß in diesem Sinne zu verstärken. Es werde erwartet, daß sich auch die Wissenschaftler offener und stärker für eine Politik des Friedens einsetzen. Professor *Scholz* meinte, daß viel Geld für die Rüstung ausgegeben werde, nicht aber für Friedensforschung; er plädierte für die Einrichtung eines Ministeriums für Friedensforschung und Abrüstung. Der beste Weg zu einem wahren Frieden gehe über die Errichtung politisch stabiler und wirtschaftlich gesunder Gemeinschaften, die sich auf alles durchdringende soziale Gerechtigkeit gründen.

Die Referenten setzten unterschiedliche Akzente. Staatssekretär *Jahn* vom Auswärtigen Amt sprach von möglichen Änderungen in der Haltung Polens und machte Hoffnung, daß auch von der Bundesregierung konkrete Vorschläge für Abrüstung und Entspannung kommen würden. Er wie auch Botschafter *Schnippenkötter*, der Abrüstungsbeauftragte der Bundesregierung, betonten die Bedeutung friedensvertraglicher, völkerrechtsverbindlicher Regelungen. Beide gingen aber von einer Politik der Nichtanerkennung der DDR aus. Die deutschlandpolitische Situation solle offenbleiben, dennoch aber das Ost-West-Verhältnis von Grund auf verbessert werden, wie *Schnippenkötter* es ausdrückte.

Von einigen Referenten wurden jedoch manche Tabus Bonner Politik gebrochen. Professor *Heydorn*, Frankfurt, ging von einer Analyse der gesellschaftlichen Sachverhalte aus. Krieg, so meinte er, sei der grausamste Ausdruck der gesellschaftlichen Verkrüppelung des Menschen; der wahre Friede könne somit nur über die Veränderung der gesellschaftlichen Bedingungen hergestellt werden. Der Schule komme in diesem Zusammenhang eine große Bedeutung zu. Friedenserziehung könne aber nicht über den einzelnen Lehrer erfolgen, auch nicht

nur durch die Schule; die Lehrer müßten helfen, unter unseren kapitalistischen Bedingungen eine geschichtliche Bewegung einzuleiten, um den Widerspruch zwischen Bildung und gesellschaftlicher Herrschaft aufzuheben. Professor *Galtung*, Direktor des Internationalen Friedensforschungsinstituts in Oslo, ging davon aus, daß die Deutschlandfrage ein Hauptproblem, der Sicherheitsfrage in Europa bildet und daß sie belastet ist mit der Politik der Nichtanerkennung gegenüber der DDR. Er entwickelte interessante Einzelheiten über die Arbeit in der Friedensforschung. In der Zusammenarbeit in multilateralen Organisationen sieht er die besten Möglichkeiten zur Friedenssicherung, wie etwa im Wirtschaftsrat der UNO für Europa (ECE). Professor *Galtung* scheute sich auch nicht, unter dem Beifall der meisten Teilnehmer das amerikanische Eingreifen in Vietnam als Aggression zu bezeichnen, darauf gerichtet, die alten feudalen Strukturen zu erhalten.

Prof. Dr. *Menzel*, Kiel, ging bei der Entwicklung seiner Gedanken für die Grundzüge eines europäischen Sicherheitssystems davon aus, daß es keinen Friedensvertrag für Deutschland geben werde, und daß es gelte, auf der Basis der Verhältnisse, die sich nach dem Krieg entwickelt haben, die Probleme ohne Tricks schnell zu lösen. Dabei seien die entscheidenden Probleme nicht militärischer, sondern politischer Natur.

Es ist hier nicht Raum genug, auf alle Referate und vor allem auch auf manche gute Diskussionsbeiträge der an der Sozialakademie Studierenden einzugehen. Ein ausführlicher Tagungsbericht wird bei *Duncker und Humblot* erscheinen. Die Berichterstattung in der

Tagespresse entsprach in keiner Weise der Bedeutung der Tagung.

In Europa stehen sich wie in keinem anderen Erdteil militärische Blocks so unmittelbar gegenüber, daß jeder Versuch, den Status quo zu verändern, einen Weltbrand auslösen kann. Die Erhaltung des Friedens erfordert in dieser Situation hohe moralische und intellektuelle Anstrengungen. Die meisten Referenten setzen ihre Hoffnung in die Annäherung der Systeme im technischen Zeitalter und vertrauen auf das „Gleichgewicht des Schreckens“ oder darauf, daß die Einsicht wächst, daß Abrüstung ein gemeinsames Interesse ist. Grundvoraussetzung für den dauerhaften Frieden in Europa ist die Anerkennung der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges. Hinzu tritt die Tatsache, daß sich Machtblöcke herausgebildet haben, denen Staaten unterschiedlicher gesellschaftlicher Strukturen zugehören. Das friedliche Nebeneinanderbestehen, die Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet würden auch das politische Zusammenwirken im Interesse der Friedenssicherung erleichtern. Die Existenz der beiden deutschen Staaten, die Teilnehmer der bestehenden Allianzen sind, kann dabei nicht ignoriert werden.

Die weltpolitische Bedeutung einer solchen Entwicklung hat Professor *Galtung* mit den nachstehend wiedergegebenen Worten gekennzeichnet: „... Friede und Gerechtigkeit in Europa könnten. . . Kräfte wecken, die zu Frieden und Gerechtigkeit in anderen Teilen der Welt führen. Und dies ist eine Herausforderung an Europa, das so oft in seiner Verantwortung gegenüber der übrigen Welt gefehlt hat.“

Walter Kluthe